

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil: G. Fontane, für Feuilleton und Vermischtes: F. Steinbach, für den übrigen redakt. Theil: F. Haackfeld, sammtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratentheil: F. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung Achtundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, Graf v. Hagen-Mödem empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, da dieselbe in den Gemeinden nur Zustimmung hervorrufen würde. Er sehe mit Sicherheit voraus, daß man mit diesem Gesetz einen gewaltigen Keil hineintreiben werde zwischen das geistliche Amt und die Gemeinde und daß ein großer Theil kirchlichen Lebens, das wir jetzt noch in den östlichen Provinzen haben, dahin schwinden werde. Er bitte, nicht für einen Silberling einen großen Theil der Macht der Kirche dahin zu geben. — Auch Superintendent Volkering (Weisfalen) spricht für Ablehnung der Vorlage. Er erachtet es für schmerzlich, eine in einem großen Kirchengebäude bestehende alte Einrichtung abzuschaffen, ohne daß dafür das allgeringste Bedürfnis vorliege. Andere Redner treten dagegen entschieden für die Abschaffung der Stolgebühren ein, als einer Mauer zwischen dem Geistlichen und der Gemeinde. Schließlich wird die Vorlage nebst Resolution mit geringen Änderungen angenommen. Endlich wurde noch in einer Resolution zur Erwägung empfohlen, für die Verteilung der kirchlichen Umlagen gemeinsame Grundsätze, sei es für die Landeskirche, sei es für die einzelnen Provinzen, aufzustellen und dabei auch auf die Befestigung der Hindernisse Bedacht zu nehmen, welche der Selbstbestimmung der Kirchengemeinden in dem Ministerial-Erlasse vom 30. März 1884 gesteckt sind.

Nr. 848

Donnerstag, 3. Dezember.

1891

Deutschland.

Berlin, 2. Dezember.

Auf einem kürzlich in Lübeck stattgefundenen nationalliberalen Parteitag sprach ein „Führer“ der Partei aus Hamburg, Namens Haackson, unter lebhaftem Beifall den Wunsch aus, es möchte zu einem modus vivendi zwischen Bismarck und dem Kaiser kommen. Herr Haackson wird wohl so freundlich sein, den Vermittler zu machen. Die meisten nationalliberalen Blätter lassen die Rede des Herrn Haackson unerwähnt.

In welcher Weise die „Nationallib. Korresp.“ die Thatsachen fälscht, beweist ein von der ganzen reaktionären und gouvernementalen Presse triumphierend verbreiteter Bericht derselben über den Ausfall der Stadtverordnetenwahlen in Hirschberg. Darnach sollten in Hirschberg zu allgemeiner Ueberraschung die Deutschfreisinnigen bei den Stadtverordnetenwahlen von den Konservativen und Gemäßigten geschlagen worden sein. In Wahrheit haben die Deutschfreisinnigen alle zu ihrer Partei gehörigen Kandidaten bis auf einen einzigen durchgebracht, darunter zwei am heftigsten bekämpfte Mitglieder des Vorstandes des liberalen Wahlvereins.

Zum Nachfolger Stöckers als Hofprediger hat nach der „Köln. Ztg.“ Pastor Bierregge in Bonn einen Ruf angenommen.

Aus Nordwestdeutschland, 2. Dez. Dem wortlosen Verzicht der nationalliberalen Partei auf den von ihr bisher behaupteten Wahlkreis Schwäbisch-Hall reißt sich in Hannover ein anderes Zeichen von dem gänzlichen Verfall der Partei an. Am 10. hannoverschen Wahlkreis (Hildesheim) ist bekanntlich für den verstorbenen welfischen Abgeordneten v. Hafe ein neues Reichstagsmitglied zu wählen. Der Wahlkreis ist stets zwischen Welfen und Nationalliberalen streitig gewesen. Jetzt hat die welfische Partei zu Gunsten eines Ultramontanen völlig verzichtet und die Nationalliberalen trennen sich in zwei Lager und behandeln sich mit wachsender Erbitterung. Es tritt der alte Gegensatz hervor zwischen den im Herzen liberal gebliebenen Elementen, die bisher der Parteileitung mit schwerem Herzen folgten, weil sie deren Nichtsnur: „Keine Trennung von Bismarck“ annehmen zu müssen glaubten, und andererseits den im Herzen ganz konservativ und agrarisch gewordenen Elementen. Jene liberalen Leute sehen nicht ein, daß sie sich auch nach dem Ausscheiden Bismarck's noch von den konservativ-agrarischen Genossen nachführen lassen sollen und verlangen Rückkehr zu den früheren Grundrissen der Partei. Sie hatten als ihren Vertrauensmann den Senator Sander-Elze aufgestellt, und zwar bevor die Anderen sich gerührt hatten. Die Anderen fuhren aber sofort auf und verlangten einen konservativen Kandidaten. Die Parteileitung, gegen konservative Forderungen stets weich wie Butter an der Sonne, begünstigte sie und so kam die Abweisung der liberaler gefärbten Kandidatur und die Aufstellung des sich auf Verlangen nationalliberal nennenden, in Wahrheit konservativ-agrarischen Amtsrathes Sander-Himmelstür zu Stande. Um die beiden Namensvettern wird nun im Wahlkreise erbittert gekämpft. Die „Elzer Nachrichten“ haben tapfer die liberalere Vergangenheit der Partei geltend gemacht und als Schild über Sander-Elze gehalten; für Sander-Himmelstür wollen sie nur eintreten, wenn er liberale Garantien giebt, die nicht möglich sind. Der „Hannov. Cour.“ hofmeiert diese Leute von oben herab und ist selbstverständlich für die Parteileitung und ihre Nachgiebigkeit für die Agrarier. Am 10. Dezember ist die Wahl; einigen wird man sich wahrscheinlich nicht mehr. Das wird voraussichtlich zur Folge haben, daß ein Sozialdemokrat mit dem Ultramontanen in die Stichwahl kommt, wenn nicht die Strömung nach links den Freisinnigen, die auch einen Kandidaten aufgestellt haben, ungewöhnliche Verstärkung zuführen sollte. Der ganze Wahlkreis ist von diesem Kampfe ungewöhnlich aufgereg. Für die Freisinnigen wäre es besser, wenn es den Rechtsstehenden gelänge, die Kandidatur Sander-Elze auszusitteln, denn dann würden unstreitig viele von dessen Anhängern für den freisinnigen Kandidaten stimmen, namentlich städtische, aber auch bäuerliche Elemente. Seit dem Ausscheiden Bismarck's sind die von der nationalliberalen Linken durchaus auffällig geworden und wollen von dem halbverfüllten oder auch ganz unbesetzten Agrarierthum nichts mehr wissen. Je hartnäckiger die Parteileitung in ihrer Unterordnung unter das Letztere bleibt, desto härter wird auf der Linken der Abfall sein.

Parlamentarische Nachrichten.

Zu Beginn der heutigen Sitzung der Budgetkommission plädierte Abg. Frizen (Centr.) für baldige und allmähliche, wenn auch nur stückweise Revision sowohl der Anstalts- als Invaliditätsversicherung und allgemeine Einführung der Krankenversicherung für landwirtschaftliche Arbeiter. Abg. Hartmann (kon.) will nur allgemeine durchgreifende, nicht stückweise Änderungen der Sozialgesetzgebung; nur deren gründliche Revision sei möglich. Wenn das Invaliditätsgesetz unpopulär sei, so liege es zum großen Theil daran, daß die Presse dasselbe zu schlecht behandelt habe. Abg. Schrader (fri.) antwortet darauf, daß wenn die Presse dies gethan habe, dies von der Presse aller Parteien geschehen sei. Wenn die sozialen Gesetze zu manchen Ausstellungen Anlaß gäben, so sei es zum guten Theile dem zuzuschreiben, daß diese Gesetze zu schnell zu Stande gebracht seien. Minister v. Boetticher spricht sich gegen eine baldige allgemeine Revision aus; er ist der Ansicht, daß Anträge auf Änderungen zu stellen, Sache desjenigen sei, welcher solche wünsche, je nach Umständen der Regierung oder des Reichstags. Abg. Singer (Soz.) wünscht, daß die Regierung ihrerseits notwendig erscheinende Änderungen beim Reichstagsbeauftragte, da nur sie im Besitz des zur Begründung notwendigen Materials sei. Abg. Schrader wünscht, daß

der von dem Reichsversicherungsamt zu erstattende Bericht sich nicht auf Zahlen und formelle Mittheilungen beschränke, sondern auch über die Wirksamkeit der Sozialgesetze und die Thätigkeit des Reichsversicherungsamts eingehende Mittheilungen mache. Minister v. Boetticher ist der Meinung, daß dies nicht angängig sei. Schließlich werden die Ausgaben für das Reichsversicherungsamt ohne Änderungen genehmigt. Bei „physikalisch-technischer Reichsanstalt“ sagt Minister v. Boetticher auf Anregung des Abgeordneten Hammacher Mittheilungen über die Thätigkeit der Anstalt von Zeit zu Zeit zu. Die Bewilligung von 900 000 M. für die Ausstellung in Chicago empfiehlt Referent v. Behr; ebenso Abgeordneter Siegle. Derselbe erwartet, daß wenn im Laufe der Zeit mehr Bedürfnisse sich ergeben, diese über den gegenwärtigen Anlaß hinaus bewilligt werden. Minister v. Boetticher erklärt, die Regierung stehe dem nicht ablehnend gegenüber; bei starker Betheiligung der Industrie würden die verbündeten Regierungen eventuell eine Nachbewilligung beantragen. In der weiteren Diskussion wurde von allen Seiten ausgesprochen, daß die Beschädigung der Ausstellung durchaus im politischen und wirtschaftlichen Interesse Deutschlands liege, und daß es Pflicht der deutschen Industrie in ihrem und im allgemeinen Interesse sei, die Ausstellung gut zu besichtigen. Minister v. Boetticher theilte mit, daß bereits eine größere Anzahl wichtiger Industrien sich zur Theilnahme bereit erklärt habe, daß aber einzelne noch zurück seien, z. B. die Großtextilindustrie und die Crefelder Textilindustrie. Er erwarte aber, daß auch diese sich noch zur Betheiligung entschließen würden. Mit der ziemlich ausgedehnten Diskussion dieser Ausstellung wurde die Erörterung einer internationalen Ausstellung in Berlin verbunden und die Anfrage an Minister v. Boetticher gerichtet, wie sich zu einer solchen die Regierung stellen werde. Die Erklärung ging dahin, daß die verbündeten Regierungen die Anregungen der Industriellen erwarten müßten, daß sie neutral dieser Frage entgegenstehen, und wenn solche Anregungen erfolgten, sie prüfen und dann Stellung nehmen würden. Wünschenswerth sei es aber jedenfalls, eine solche Ausstellung nicht vor 1897 in Aussicht zu nehmen.

Abg. Müller (Blk.) hat sein Mandat zum Reichstage niedergelegt.

Dritte Generalsynode.

Auf der Tagesordnung am Mittwoch steht der Kommissionsantrag, betreffend die öffentliche Sittlichkeit. Es wird eine sehr lange Resolution vorgeschlagen, welche empfiehlt, von dem heiligen Ernst des sechsten Gebotes Zeugniß abzulegen, den König zu bitten, bei den zum Zweck der Bekämpfung der Prostitution zu fassenden Entschlüssen, solche Maßnahmen abzuwehren, welche eine Verwirrung der sittlich-religiösen Anschauungen unseres christlichen Volkes im Gefolge haben müßten. Weiterhin wird verlangt, die Unterdrückung der öffentlichen Bethätigung der Unsitlichkeit, insbesondere durch Verschärfung des § 184 des Strafgesetzbuchs und Ausdehnung desselben auf die Herstellung und Anechtung unsittlicher Schriften und Darstellungen durch schärfere Ueberwachung der Theater und Verhinderung des Unfugs der Anlockung und Verführung durch weibliche Bedienung in Schaustokalen, auf die Gründung von Zufluchtsstätten für Gefährdete und Gefallene hinzuwirken.

Der Berichterstatter Dr. Heseckel führt aus, die öffentliche Unsitlichkeit könne nicht als ein notwendiges Uebel anerkannt werden und dürfe in keiner Form geduldet werden. Die Generalsynode müsse erklären, daß die Einrichtung öffentlicher Häuser nicht nur nicht zur Unterdrückung des Uebels geeignet sei, sondern nach den Erfahrungen anderer Länder sogar die Unzucht noch fördere.

Korreferent Dr. Förster verwahrt die Synode gegen eine Feindseligkeit gegenüber dem Theater. Aber das Publikum lasse sich gegenwärtig auf der Bühne die größten Gemeinheiten bieten. Der Zug des Pessimismus und der Zug einer schwülen Sinnlichkeit beherrschen die neueren Theaterstücke. Die Generalsynode müsse erklären, daß hier etwas faul sei.

Generalsuperintendent Schmalenberg beklagt es, daß die Synode, um welche es sich hier handle, sich in einen Reiz und eine Harmlosigkeit hülle, während sie doch so schauerlich und finster sei, daß jeder sich schäme, ihren Namen zu nennen. Die Uebertragung des 6. Gebots solle in jeder Gestalt hart bestraft werden, weil Gott dasselbe zwischen das fünfte und siebente Gebot, den Mord und den Diebstahl, gestellt habe. — Der Antrag der Kommission wird hierauf einstimmig angenommen.

Die beiden Gesetzentwürfe über die Gnadenzeit der Pfarrstellen und die Bewilligung von Diäten an die Mitglieder der Kreis- und Provinzialsynoden werden hierauf in zweiter Berathung angenommen.

Auf der Tagesordnung steht weiterhin der Kommissionsbericht über das Kirchengesetz, betreffend die Aufhebung der Stolgebühren. Die Kommission empfiehlt mit der Annahme des Entwurfs eine Resolution, welche die Ablösung der Stolgebühren auch für Begräbnisse für nothwendig erklärt. Der Oberkirchenrath möge darüber die erforderlichen Erhebungen anstellen.

Berichterstatter Frank meint, das gegenwärtig vom Staate Gewährte bereite zwar eine arge Enttäuschung, stelle aber doch immerhin die Verzinsung eines Kapitals von 34 Millionen Mark dar. Die Aufhebung der gesammten Stolgebühren würde einen jährlichen Zuschuß von 6 Millionen Mark erfordern.

Superintendent Thönes wünscht Namens der westlichen Provinzen eine provinzielle Regelung. Bei der Schwierigkeit, in den westlichen Provinzen die Kirchensteuern noch zu erhöhen, brächten diese Provinzen durch die Annahme ein großes Opfer.

Venda hält es für vollkommen sicher, daß der Landtag in seiner jetzigen Zusammensetzung die Vorlage genehmigen werde. Bei den unfremdblichen Worten in der Generalsynode über den Landtag müsse er darauf aufmerksam machen, daß die Ausgaben des Staats für die evangelische Kirche seit 1873 um 6 1/2 Millionen Mark erhöht worden seien.

Superintendent Schmalenberg aus Westfalen erklärt, daß

man in seiner Heimath gar keinen Wunsch nach Ablösung der Stolgebühren habe, sondern sie am liebsten behalten möchte.

Graf v. Hagen-Mödem empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, da dieselbe in den Gemeinden nur Zustimmung hervorrufen würde. Er sehe mit Sicherheit voraus, daß man mit diesem Gesetz einen gewaltigen Keil hineintreiben werde zwischen das geistliche Amt und die Gemeinde und daß ein großer Theil kirchlichen Lebens, das wir jetzt noch in den östlichen Provinzen haben, dahin schwinden werde. Er bitte, nicht für einen Silberling einen großen Theil der Macht der Kirche dahin zu geben. — Auch Superintendent Volkering (Weisfalen) spricht für Ablehnung der Vorlage. Er erachtet es für schmerzlich, eine in einem großen Kirchengebäude bestehende alte Einrichtung abzuschaffen, ohne daß dafür das allgeringste Bedürfnis vorliege.

Anderer Redner treten dagegen entschieden für die Abschaffung der Stolgebühren ein, als einer Mauer zwischen dem Geistlichen und der Gemeinde.

Schließlich wird die Vorlage nebst Resolution mit geringen Änderungen angenommen. Endlich wurde noch in einer Resolution zur Erwägung empfohlen, für die Verteilung der kirchlichen Umlagen gemeinsame Grundsätze, sei es für die Landeskirche, sei es für die einzelnen Provinzen, aufzustellen und dabei auch auf die Befestigung der Hindernisse Bedacht zu nehmen, welche der Selbstbestimmung der Kirchengemeinden in dem Ministerial-Erlasse vom 30. März 1884 gesteckt sind.

lokales.

Posen, den 3. Dezember.

br. Verlaufs eines Kindes. Ein kleiner etwa 2 Jahre alter Knabe ist gestern Nachmittag ganz allein auf dem Gerberdamm umherlaufend angetroffen und vorläufig bei Frau Sawrowska, Wallstraße Nr. 20, Ecke der Marktstraße, eine Treppe hoch wohnhaft, untergebracht worden.

br. Im Saale der hiesigen Bürger Schule hat gestern von 12 bis 1 Uhr Mittags der Reizende Febring unter Vorführung von 30 lebenden Thieren aus West- und Ostafrika einen Vortrag gehalten, welcher recht gut besucht war. Das Eintrittsgeld betrug 10 Pf. pro Person.

br. In Wilda hat gestern Vormittags um 10 Uhr ein Lokaltermin wegen der Eisenbahnunterführung stattgefunden, an welchem auch der Herr Polizeidirektor und ein Vertreter der k. k. Regierung theilgenommen haben.

br. Auf polizeiliche Veranlassung hat gestern das Grundstück Schießstraße Nr. 4 zwangsweise gereinigt werden müssen.

br. Gestohlen worden sind gestern auf dem Wochenmarkte einem auswärtigen Händler eine Gans und Abends von der Breslauerstraße ein leeres Petroleumfaß.

br. Tauschdiebstahl. Auf dem Alten Markte ist gestern Vormittags gegen 10 Uhr einer hiesigen Kaufmannsrau ein Geldtäschchen mit 12 Mark Inhalt aus der Kleidertasche entwendet worden.

br. Verhaftet wurde gestern auf dem Petriblase hier selbst ein Schreiber, welcher bereits wegen Diebstahls mit 1 1/2 Jahren Gefängnis vorbestraft ist. Derselbe steht in dringendem Verdachte, einem pensionirten Beamten in Zerlich ein Portemonnaie mit 170 Mark Inhalt aus der Tasche entwendet zu haben.

br. Aus dem Polizeibericht. Verhaftet wurden im Laufe des Mittwochs 4 Personen wegen Betrugs. — Beschlagnahme wurde gestern ein mit Trichinen behaftetes Schwein und das Fleisch desselben vernichtet. — Gefunden wurde eine Lage Wolle. — Verloren wurde ein Beutel-Portemonnaie mit 6 Mark Inhalt und zwei Urlaubspässen, ferner ein schwarzes Beutelportemonnaie, enthaltend ein Zehnmarkstück und 25 Pf. in Nickel.

Marktberichte.

** Berlin, 2. Dez. Central-Markthalle. (Amtlicher Bericht der städtischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in der Central-Markthalle.) Marktlage. Fleisch. Trotz mäßiger Zufuhr verlief der Markt schleppend. Für Hammelfleisch wurde eine kleine Preissteigerung durchgekehrt, andere Preise unverändert. Wild und Geflügel. Schwache Wildzufuhr. Bei ruhigem Geschäft erzielten Hafen eine kleine Preissteigerung. Im Uebrigen wenig verändert. Von zahmem Geflügel Gänse reichlich, Hühner und Enten knapper. Preise unverändert. Fische. Zufuhr in Seefischen knapp, in anderen Fischen genügend. Das Geschäft blieb ziemlich lebhaft, Preise mäßig. Butter. Zufuhren zu knapp. Preise hoch und fest. Käse. Ruhig. Gemüse, Obst und Südfrüchte. Stilles Geschäft, Preise dieselben.

Fleisch. Rindfleisch Ia 58-64, IIa 48-55, IIIa 38-45 Kalbfleisch Ia 58-68 M., IIa 38-55, Hammelfleisch Ia 50-58, IIa 38-48, Schweinefleisch 45-55 M., Baconer do. 47-49 M. v. 50 Kilo. Geräucherter und gesalzener Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 75-85 M., do. ohne Knochen 90-110 M., Lachs-schinken 110-140 M., Speck, ger. 68-72 M., harte Schlachtwurst 100-140 M. v. 50 Kilo.

Wild. Rehe Ia. p. 1/2, Kilo 0.60-0.70 M., do. IIa do. 50 bis 55 Pf., Rothwild p. 1/2, Kilo 31-38 Pf., do. leichtes do. — Pf., Damwild p. 1/2, Kilo 33-46 Pf., do. leichtes do. 45-58 Pf., Wildschweine p. 1/2, Kilo 30-32 Pf., Ueberläufer, Frischlinge 40-60 Pf., Hafen p. Stück 2.80-3.50 M., do. junge do. 1.00-2.25 M. 5 Wildenten — M., Rebhühner, junge 1.30 M., do. alte 0.90 M.

Zahmes Geflügel, lebend. Gänse, junge, p. St. — M. Enten do. 0.90 M., Puten do. — M., Hühner, alte do. 0.60-1.20 M., do. junge do. bis 0.80 M., Tauben do. 38-50 Pf.

Zahmes Geflügel, geschlachtet. Gänse per 1/2, Kilo 0.3, bis 0.55 M., Enten, junge, p. Stück 0.80-1.50 M., alte — M., Enten p. 1/2, Kilo 0.50-0.63, Hühner Ia. p. Stück 0.80-1.20, do. IIa. 0.50-0.60 M., do. junge — M., Tauben do. 0.30-0.50 M., Puten p. 1/2, Kilo 0.30-0.55 M.

Fische. Hechte, p. 50 Kilo 41-45 M., do. große do. 35 M., Zander, do. 79 M., Barsche, do. 47 Mark, Karpfen große, do. 81 M., do. mittelgroße do. 73 M., do. kleine do. 55-5

